

Erklärung zum Koalitionsvertrag vom 21.05.2021

Der Koalitionsvertrag "Ein neues Frankfurt gestalten" bündelt die Maßnahmen und Ziele von Grünen, SPD, FDP und Volt für einen gemeinsamen Aufbruch in das Frankfurt von morgen. Um eine vertrauensvolle und belastbare Zusammenarbeit in diesem neuen Bündnis über einen Zeitraum von fünf Jahren zu ermöglichen, wurde zwischen den Partnern vereinbart, den Mitgliedern aller Parteien den Vertragsentwurf zur Genehmigung vorzulegen. Die Mitglieder von Grünen, SPD und Volt haben dem Koalitionsvertrag mit großer Mehrheit zugestimmt; die Kreismitgliederversammlung der FDP sieht den Bedarf von Ergänzungen insbesondere im Bereich nachhaltiger Finanzpolitik, der Rechts- und Innenpolitik sowie der Mobilität.

Verbindliche Grundlage unserer Zusammenarbeit ist der Koalitionsvertrag. Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Koalitionspartner dazu die vorliegende verbindliche Erklärung:

Frankfurt steht vor großen Herausforderungen. Unser Ziel ist eine moderne, offene und lebenswerte Metropole im Herzen Europas, in der alle Bürgerinnen und Bürger ihr Leben selbstbestimmt, verantwortungsvoll und frei gestalten können.

Dabei schafft nur eine wirtschaftlich, finanziell, sozial und ökologisch nachhaltige Stadtpolitik die Voraussetzungen für unseren generationengerechten und nachhaltigen Anspruch.

Nachhaltige Finanzpolitik

Eine finanziell nachhaltige Stadtpolitik verfolgt das Ziel, nachkommenden Generationen keine hohe Verschuldung und keinen Investitionsstau zu hinterlassen. Ausgeglichene Haushalte sind der Anspruch solider Finanzpolitik. Vor diesem Hintergrund steht auf der Basis einer konsolidierenden Haushaltspolitik die Umsetzung aller Maßnahmen unter allgemeinem Finanzierungsvorbehalt gemäß den Vorgaben der Hessischen Gemeindeordnung. Übereinstimmung herrscht weiterhin in dem Ziel einer Finanz- und

Haushaltsehrlichkeit, die eine tragfähige mittelfristige Finanzplanung verfolgt. Neben dem ausgeglichen zu führenden Ergebnishaushalt gilt es verantwortungsvoll zu investieren und vor dem Hintergrund der Pandemie auch zukünftige Einnahmeentwicklungen im Blick zu behalten. Die Koalition strebt ab 2024 unter der Annahme, dass die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Erholung von den Corona-Effekten dies möglich machen werden, ausgeglichene Ergebnishaushalte an. Die bisherigen Entnahmen aus den Rücklagen der Stadtkasse können so nicht fortgesetzt werden. Das Rücklagenvolumen soll im Gegenteil für kommende Krisensituationen langfristig wiederaufgebaut werden. Die Koalition verpflichtet sich, zukünftige langfristige Kredite nur für Investitionen unter Berücksichtigung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Prioritäten zu verwenden. Eine ökonomisch nachhaltige kommunale Haushaltspolitik verfolgt das Ziel eines Haushalts ohne Neuverschuldung im Ergebnishaushalt zum Ende der Wahlperiode.

In der Verwaltung steht die effiziente Aufgabenerfüllung an erster Stelle. Durch konsequente Priorisierungen und Aufgabenkritik, die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und die Umschichtung von Stellen wollen wir einen weiteren Zuwachs im Stellenplan vermeiden, um den Haushaltsrahmen einhalten zu können. Auch der demographische Wandel in der Belegschaft eröffnet aus unserer Sicht hinreichend Spielraum für konsolidierte Haushalte bei gleichzeitiger Veränderung von Schwerpunktsetzungen, insbesondere auf Investitionen in die vereinbarten Zukunftsbereiche.

Die Verteilung der Zuständigkeiten im Magistrat ist im Koalitionsvertrag als gemeinsame Entscheidung der Koalition abschließend geregelt. Klare Zuständigkeiten und klare Verantwortlichkeiten in den Dezernaten stellen eine effiziente Amtsführung und einen effizienten Personaleinsatz sicher. Wir haben vereinbart, das Gesamtpersonal der Dezernatsbüros in Summe nicht auszuweiten.

Verkehrspolitik

Die Koalitionäre haben verabredet, für Frankfurt unter Einbindung aller Betroffenen ein Gesamtverkehrskonzept unter Einbeziehung externer, unabhängiger wissenschaftlicher

Expertise erstellen zu lassen. Alle Menschen sollen frei entscheiden können, welches Verkehrsmittel sie nutzen möchten. Das Ziel besteht darin, alle Verkehrsarten und -wege schneller, ökologischer, sicherer und zuverlässiger zu machen und damit auch Verdrängungseffekte so weit wie möglich auszuschließen. Sämtliche neu zu beschließende dauerhafte bauliche Maßnahmen werden nur auf Grundlage der konkreten Empfehlungen des Gesamtverkehrskonzepts realisiert, lediglich konsensuale bzw. bereits beschlossene Vorlagen können sofort umgesetzt werden.

Die Erstellung des für die Stadt Frankfurt dringend benötigten Gesamtverkehrskonzepts folgt den Prinzipien des Sustainable Urban Mobility Plan und bezieht alle relevanten Akteure mit ein. Zu diesen zählen alle Verkehrsteilnehmer, der Wirtschaftsverkehr (unter Einbeziehung der Pendel- und der Güterverkehre), Unternehmensverbände, alle wirtschaftlichen Akteure vor Ort, Tourismus, Versorger, Rettungsdienste genauso wie die Ortsbeiräte. Mit dem Gesamtverkehrskonzept sollen alle Einzelmaßnahmen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden.

Die Koalition bekräftigt in ihrem Vertrag die herausgehobene Stellung des Frankfurter Flughafens für den Wirtschaftsstandort Frankfurt / Rhein-Main. Das gilt vor allem für die Funktion als internationales Luftdrehkreuz und im Bereich Luftfracht. Der Normalbetrieb des Flughafens ist von 6 bis 22 Uhr. Das Nachtflugverbot ist einzuhalten. Aktuell sind Flugbewegungen in den Nachtrandstunden im begrenzten Maße zulässig. Die Betriebszeiten der sogenannten „Mediationsnacht“ sind geltendes Recht. Neue Geschäftsmodelle, die den Flughafen als zentrale Arbeitsstätte zukunftssicher aufstellen, werden wir unterstützen. Wir fördern die Diversifizierung der Geschäftsfelder.

Rechts- und Sicherheitspolitik

Wir wollen die Gefahren für die Demokratie gemeinsam bekämpfen: Rechtsextremismus, Antisemitismus, religiöser und politischer Extremismus, Antiziganismus, Frauenhass sowie Homo- und Transfeindlichkeit. Dabei unterstützen wir die Polizei- und Ordnungsbehörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu deren Bekämpfung. Ebenso kooperiert die Stadt

vertrauensvoll mit ihren Partnerinnen im Brand- und Katastrophenschutz. Das Zusammenwirken haupt- und ehrenamtlicher Kräfte im Rahmen des Brand- und Katastrophenschutzes zeigt gelebte Solidarität.

Hinsichtlich der autonomen Zentren bekräftigen wir die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags. Wir wollen für alle Beteiligten Planungssicherheit erreichen und streben dazu verlässliche, dauerhafte rechtliche Vereinbarungen insbesondere in den Bereichen Gebäudesicherheit, Brandschutz und Umweltvorschriften an. Dabei wird den unterschiedlichen Situationen der verschiedenen Zentren Rechnung getragen.

Bei der Realisierung der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Modell- und Pilotprojekte in der Drogenpolitik stellen wir selbstverständlich die Einhaltung der entsprechenden Rechtsgrundlagen sicher. Eine wissenschaftliche Begleitung und eine Evaluierung aller Modell- und Pilotprojekte sind erforderlich.

Unter anderem mit diesen Maßnahmen stellen wir sicher, dass die Grundlagen für eine wirtschaftlich, finanziell, sozial und ökologisch nachhaltige Stadtpolitik gelegt werden. In dieser Stadt sollen sich alle Menschen als Individuen frei entfalten können. Dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen.

Diesen Herausforderungen stellt sich die neue Koalition von Grünen, SPD, FDP und Volt.